

Niedersachsen

Kurzportrait			
Größe:	47 613 km ²		
Landesregierung:	1990–1994: SPD/Die Grünen · 1994–1998: SPD · 1998–2003: SPD · 2003–2008: CDU/FDP		
	1998	2001	2004
Einwohner:	7,845 Mio.	7,926 Mio.	7,993 Mio.
Einwohnerdichte:	165 je km ²	166 je km ²	168 je km ²
Registrierte Arbeitslosigkeit:	12,3 Prozent	10,0 Prozent	10,6 Prozent
Offene und verdeckte Arbeitslosigkeit:	13,5 Prozent	11,2 Prozent	11,4 Prozent
BIP-pro-Kopf:	21 500 Euro	22 700 Euro	23 100 Euro
Wirtschaftswachstum:	2,8 Prozent	0,6 Prozent	1,2 Prozent

Platzierung im Ranking 2005

Erfolgsindex: Platz 10

+/- 0

Aktivitätsindex: Platz 4

+/- 0

Die Ergebnisse im Überblick

- Niedersachsen konnte seine Abwärtsbewegung umkehren, die in allen vorherigen Beobachtungszeiträumen festzustellen war. Für den aktuellen Zeitraum 2002–2004 wurde der bisher geringste Rückstand zum bundesdeutschen Durchschnitt ermittelt. Die Wachstumsücke konnte geschlossen werden, Arbeitslosenquote und Erwerbstätigenquote entwickelten sich günstiger als deutschlandweit.
- Bürokratieabbau und Reform der Verwaltungsstrukturen sind vorbildlich: Niedersachsen soll bis Ende 2006 zum Land mit den wenigsten gesetzlichen Bestimmungen werden. Die Bezirksregierungen werden abgeschafft, 6750 Stellen hierdurch eingespart.
- Die Landesregierung bemüht sich sehr um eine Haushaltskonsolidierung. Angesichts der horrenden Schuldenlast, eines hohen strukturellen Defizits und zukünftiger Lasten ist jedoch ein noch rigiderer Sparkurs erforderlich.
- Niedersachsen möchte von einem der hinteren Ränge in die Spitze der Bundesländer vorstoßen. Das Beispiel Bayern zeigt, dass eine solche Entwicklung möglich ist, dass hierfür jedoch ein langer Atem erforderlich ist.

Die Ergebnisse im Einzelnen

	Ranking 2003 1999–2001	Ranking 2005 2002–2004	Veränderung
Erfolgs- index	Platz 10 (5,35)	Platz 10 (5,51)	↔
Zielgrößenbereiche			
Einkommen	Platz 10 (4,40)	Platz 10 (4,55)	↔
Beschäftigung	Platz 10 (5,67)	Platz 9 (5,92)	↑
Sicherheit	Platz 8 (7,88)	Platz 8 (7,73)	↔

	Ranking 2003 1999–2001	Ranking 2005 2001–2003	Veränderung
Aktivitäts- index	Platz 4 (6,15)	Platz 4 (6,06)	↔
Aktivitätsbereiche			
Einkommen	Platz 5 (6,12)	Platz 4 (6,06)	↑
Beschäftigung	Platz 4 (6,16)	Platz 4 (6,06)	↔
Sicherheit	Platz 3 (6,22)	Platz 3 (6,03)	↔

Ausgangssituation

Kritische Ausgangslage
2003

Christian Wulff in der Eigernordwand – der Ministerpräsident zitiert gerne den Bergkoloss, um die Größe der Aufgaben zu veranschaulichen, die vor der niedersächsischen Landesregierung liegen. Tatsächlich fand der Osnabrücker bei seinem Amtsantritt 2003 das Land in einem kritischen Zustand vor: Niedersachsen bildete das Schlusslicht der westdeutschen Bundesländer – so das Ergebnis der 2003er Studie »Die Bundesländer im Standortwettbewerb«. Die höchste Arbeitslosenquote unter allen westdeutschen Flächenländern, das geringste Pro-Kopf-Einkommen und das zweitniedrigste Wirtschaftswachstum trugen dem Land zwischen Ems und Elbe diese schlechte Platzierung ein. Wie angespannt die Haushaltslage zu Regierungsbeginn der CDU-FDP-Koalition war und noch immer ist, darauf ist noch einzugehen.

Abwärtsbewegung
konnte umgekehrt
werden

Die neu gebildete Regierung legte gleich ein forsches Reformtempo vor. In der kurzen Zeit seit dem Amtsantritt konnte das Land mit dem springenden Pferd im Wappen einen deutlichen Satz nach vorne machen: Gegen den Bundestrend steigt Niedersachsens Punktwert im Erfolgsindex an, von 5,35 auf 5,51 Punkte im aktuellen Beobachtungszeitraum 2002–2004. Nur zwei der elf alten Bundesländer erzielten einen höheren Punktezuwachs. Hiermit ist zwar noch keine Platzverbesserung verbunden, Niedersachsen liegt nun aber fast gleichauf mit Nordrhein-Westfalen. Immerhin konnte damit auch die Abwärtsbewegung umgekehrt werden, die in allen vorherigen Beobachtungszeiträumen des Ranking zu beobachten war. Für den aktuellen Beobachtungszeitraum wurde der bisher geringste Rückstand zum bundesdeutschen Punktwert ermittelt. Die Politikbemühungen des Landes sind weiterhin überdurchschnittlich: Mit 6,06 Punkten belegt Niedersachsen im Aktivitätsindex nach wie vor den 4. Rang.

Einkommen

Im Zielgrößenbereich »Einkommen« kann sich das Land wahrnehmbar verbessern: Während die Gesamtheit der Länder durchschnittlich einen halben Punkt verlor, legt Niedersachsen um 0,15 auf 4,55 Punkte zu, erreicht damit allerdings noch nicht den durchschnittlichen Punktwert. Maßgeblich für die Verbesserung ist, dass das Land nicht mehr zu den Wachstumsschlusslichtern im Westen zählt. Ein durchschnittliches Wirtschaftswachstum von 0,6 Prozent im Beobachtungszeitraum 2002–2004 ist zwar kein Grund zur Euphorie, die Wachstumslücke zum Bundesdurchschnitt konnte damit jedoch geschlossen werden. Die Bemühungen des Landes zeigen sich auch daran, dass es sich im Aktivitätsbereich »Einkommen« mit nun 6,06 Punkten um einen auf den 4. Rang verbessern kann.

Wachstumslücke geschlossen

Die wirtschaftlichen Strukturen und Perspektiven der einzelnen Regionen unterscheiden sich beträchtlich im flächenmäßig zweitgrößten Bundesland, in dem ein Fünftel aller industriellen Arbeitsplätze am Wohl und Wehe von Volkswagen hängt. Der äußerste Südosten war durch alte Industriezweige geprägt. Der Abschwung von Metall-, Holz- und Grundstoffverarbeitung, Erz- und Salzbergwerken konnte bisher nicht durch andere Branchen kompensiert werden. Hohe Arbeitslosigkeit, Fortzüge und ausgeprägte demographische Probleme sind die Folge. Auch im ländlich geprägten Nordwesten hat das verarbeitende Gewerbe einen schweren Stand. Sorgenkind ist dort vor allem Wilhelmshaven. Dem größten deutschen Marine-Stützpunkt machen Truppenreduzierung und noch immer die Pleite des Büromaschinenherstellers Olympia Anfang der 90er Jahre zu schaffen. Immerhin verspricht der geplante Bau des Tiefwasserhafens in Wilhelmshaven, wirtschaftliche Impulse zu geben.

Ausgeprägte regionale Unterschiede

Mit Küste und Harz bieten strukturschwache Regionen Niedersachsens günstige naturräumliche Voraussetzungen für einen florierenden Tourismussektor. Anscheinend könnte dieses Potenzial besser genutzt werden (3,14 Punkte für den Wirkungsfaktor »Fremdenverkehrsquote«). Länderübergreifende Fremdenverkehrsverbände mit Sachsen-Anhalt in der Harz-Region und Schleswig-Holstein für die deutsche Nordseeküste bieten sich für eine schlagkräftige Vermarktung an.

Tourismussektor mit Entwicklungspotenzial

Der Beschäftigungsmotor Mittelstand läuft in Niedersachsen nur auf vergleichsweise geringen Touren (Selbstständigenquote ohne primären Sektor fast unverändert bei 3,87 Punkten). Die Landesregierung tut gut daran, ihre Beratungsleistungen und das Förderangebot zu straffen, um ohne finanziellen Mehraufwand Existenzgründern effektiver auf die Sprünge helfen zu können. Letztlich kann es in einer marktwirtschaftlichen Ordnung jedoch weniger staatliches Ziel sein, durch Fördergelder Entscheidungen zu beeinflussen, als vielmehr, wirtschaftlicher Aktivität möglichst wenig im Wege zu stehen.

Beschäftigungsmotor »Mittelstand« stottert

Gerade Mittelständler verfügen häufig nicht über die Ressourcen, um sich mit der öffentlichen Bürokratie auseinander zu setzen und Zeitverzögerungen

Bürokratieabbau vorbildlich

rungen hinzunehmen, die durch komplizierte und langwierige Verwaltungsabläufe hervorgerufen werden. Daher ist es im Interesse des Mittelstandes der richtige Weg, die Bürokratie zwischen Ems und Elbe zurückzudrängen. Die schwarz-gelbe Koalition ist mit dem Ziel angetreten, ein Drittel der Vorschriften zu streichen, die Wirtschaft und Wachstum hemmen, und tatsächlich wurden bis Ende 2004 über 600 Gesetze, Verordnungen und Erlasse aufgehoben. Landesgesetze werden regelmäßig befristet und laufen aus, wenn nicht ausdrücklich beschlossen wird, sie zu verlängern. Solche Bestimmungen und die Abschaffung der Bezirksregierungen tragen dazu bei, die Regelungsdichte zu verringern. Anvisiert ist, Niedersachsen bis Ende 2006 zum Land mit den wenigsten gesetzlichen Bestimmungen zu machen. Mut und Konsequenz der Verwaltungsmodernisierung sind lobenswert und in Deutschland vorbildlich.

Investitions- und
Innovationsschwäche

Investitions- und Innovationsschwäche gefährden weiterhin die Wettbewerbsfähigkeit der Betriebe des Landes. Die Investitionsquote der Industrie (3,35 Punkte) hat sich zwar leicht verbessert, und Investitionsentscheidungen werden Unternehmen leichter fallen, wenn bürokratische Hürden abgebaut werden. Darüber hinaus sollte die Landesregierung jedoch stärker darauf bedacht sein, durch eigene Investitionen die öffentlichen Voraussetzungen für privatwirtschaftliches Engagement zu schaffen. Die Investitionsquote des Landeshaushaltes lässt nach wie vor zu wünschen übrig (weitere Verschlechterung auf 2,02 Punkte). Umschichtungen im Haushalt zugunsten investiver Komponenten scheinen geboten, zumindest sollten Investitionen von den notwendigen Haushaltskürzungen ausgenommen bleiben.

Hochschulen:
keine Kürzungen
mit Rasenmäher

Dies gilt soweit wie möglich auch für Forschung und Wissenschaft, denn nach wie vor hapert es im Land an wirtschaftlich verwertbaren Innovationen (3,40 Punkte bei den Patentanmeldungen allgemein; 3,08 Punkte bei den Patentanmeldungen im Hochtechnologiebereich). Erfreulich ist in diesem Zusammenhang, dass Niedersachsen im Ländervergleich sowohl seine Ausgaben für Forschung und Entwicklung (4,11 Punkte nach 3,10 Punkten) als auch die für Hochschulen (9,60 Punkte nach 8,02 Punkten) deutlich ausgeweitet hat. Kürzungen, wie am Ende des Beobachtungszeitraums festzustellen, sollten wenn überhaupt, dann nur sehr behutsam und nicht nach der Rasenmähermethode erfolgen. Wie die Landesregierung in allen Bereichen auf mehr Wettbewerb setzt, sollte dies auch für Forschung und Wissenschaft gelten. Leistungsstarke Strukturen sollten über einen höheren Anteil der entsprechenden Ressourcen verfügen.

Ausbau der
Verkehrsinfrastruktur

Der mäßigen verkehrstechnischen Erschließung Niedersachsens (2,10 Punkte für die Verkehrsinfrastruktur) nimmt sich die Landesregierung entschlossen an. Der geplante und forcierte Wilhelmshavener Tiefwasserhafen soll Unternehmen ihren Beschaffungs- und Absatzmärkten näher bringen. Auch der Ausbau des Fernstraßennetzes steht wieder auf der Agenda, und bei Autobahnprojekten hilft die Landesregierung dem Bund auf die Sprünge.

So konnte die Emslandautobahn A31 neun Jahre früher als ursprünglich geplant fertiggestellt werden und trägt zur besseren Erschließung des strukturschwachen Nordwestens mit den Küsten Ostfrieslands bei. Das Projekt war Ende der 90er Jahre ins Stocken geraten und – in Deutschland einmalig – mit Hilfe der Region zu Ende gebracht worden. Über 50 Mio. Euro brachten Gemeinden, Privatleute und die Wirtschaft auf. Mit unkonventionellen Mitteln wird auch der Bau der Küstenautobahn A22 mit Elbquerung flussabwärts von Hamburg betrieben: Wirtschaft, Land und Kommunen tragen die Planungskosten. Die wirtschaftlich darbenende Harzregion soll ebenfalls durch Autobahnprojekte besser erschlossen werden.

Beschäftigung

Im Zielgrößenbereich »Beschäftigung« erreicht Niedersachsen einen überdurchschnittlichen Punktezuwachs. Mit nun 5,92 Punkten kann es die rote Laterne des schlechtesten Westlandes an Schleswig-Holstein weiterreichen. Die Arbeitslosigkeit konnte im aktuellen Beobachtungszeitraum etwas stärker als im Bundesdurchschnitt abgebaut werden, gerade zuletzt entwickelten sich die Arbeitslosenzahlen günstiger als anderswo. Mit einer durchschnittlichen Arbeitslosenquote (offen und verdeckt) von 11,5 Prozent konnte Niedersachsen sich vom 8. auf den 6. Rang nach vorne schieben. Auch bei der Zielgröße »Erwerbstätigkeit« kann Niedersachsen einen Platz gutmachen und zieht an Schleswig-Holstein vorbei auf den 8. Platz. Im Aktivitätsbereich »Beschäftigung« ist Niedersachsen mit 6,06 Punkten weiterhin Vierter.

Die Bildungspolitik ist ein besonderer Schwerpunkt der neuen Landesregierung. Auch wenn Bildungsreformen die Lage auf dem Arbeitsmarkt größtenteils erst mittel- bis langfristig verbessern können, so bestimmen Qualifikationen doch über berufliche Perspektiven. Trotz Haushaltszwängen entschied die Landesregierung, kurzfristig durch die Bereitstellung von 2000 neuen Lehrerstellen die Unterrichtsversorgung verbessern zu wollen.

Eine miserable »Schüler-je-Lehrer-Relation« (nur 1,85 Punkte) signalisiert Handlungsbedarf. Vor diesem Hintergrund sollte die Landesregierung es sich gut überlegen, ob auf mittlere Sicht tatsächlich Stellen gestrichen werden sollen, indem pensionierte Lehrer nicht ersetzt werden. Niedersachsens schwaches Abschneiden bei der PISA-Studie mahnt Reformen des Schulsystems an.

Die Einrichtung zahlreicher Ganztagschulen und die Sprachförderung vor der Einschulung bei Kindern mit Defiziten setzt an der Erkenntnis an, dass Schüler aus bildungsfernen Milieus bisher benachteiligt waren und schlecht abschnitten. Doch auch besonders leistungsfähigen Schülern soll ermöglicht werden, ihr Potenzial auszuschöpfen. So sieht erstmals in Deutschland ein Schulgesetz verpflichtend die Förderung Hochbegabter vor. Bis 2006 soll ein flächendeckendes Angebot zur Hochbegabtenförderung auf-

Nicht mehr
westdeutsches
Schlusslicht

Schwerpunkt
Bildungspolitik

Schlechte »Schüler-je-
Lehrer-Relation«

Förderung schwacher
und leistungsstarker
Schüler

gebaut werden. Generell setzt die schwarz-gelbe Koalition auf ein differenziertes Schulsystem: Es werden keine neuen Standorte mehr für Gesamtschulen ausgewiesen, und die Orientierungsstufe in den Klassen fünf und sechs wurde abgeschafft.

Unterrichtsschwerpunkte

Der Unterricht in den Kernfächern Deutsch, Mathematik und Fremdsprachen wird ausgeweitet und ist nun bis zum Abitur verbindlich. An Gymnasien werden die zweite und dritte Fremdsprache früher unterrichtet. Neben Baden-Württemberg ist Niedersachsen das einzige Bundesland, in dem die Reifeprüfung künftig fünf Prüfungsfächer umfasst. So soll die Breite der Kenntnisse und Fähigkeiten gestärkt werden. Die Pflichtstundenzahl wird aufgestockt, auch, damit Schüler zukünftig bereits nach der 12. Klasse die Abiturprüfungen absolvieren können. Ein Seminarfach soll auf das wissenschaftliche Arbeiten an Hochschulen vorbereiten. Durch Vergleichbarkeit, Wettbewerb und Kontrollmaßnahmen soll die Qualität des Unterrichts gesichert werden. Landeseinheitliche Vergleichsarbeiten und Abschlussprüfungen, beispielsweise ein Zentralabitur, zielen in diese Richtung.

Gutes Zeugnis für
Bildungspolitik

Das Gesamtpaket der Bildungsreformen scheint geeignet, das Qualifikationsniveau niedersächsischer Schüler zu erhöhen. Es wird gezielter auf individuelle Defizite und Stärken sowie spätere Qualifikationsanforderungen eingegangen. Auch Niedersachsens Unternehmen erwarten, dass durch die Neuausrichtung der Bildungspolitik junge Menschen besser auf die Erfordernisse der Berufswelt vorbereitet werden. Laut Mittelstandsbarometer von Ernst & Young wird die Bildungspolitik nur noch in Bayern deutlich positiver als in Niedersachsen bewertet. Kein Land verbesserte sich demzufolge zuletzt auch nur annähernd so stark wie Niedersachsen. Solche Maßnahmen, die zur Verbesserung der individuellen Beschäftigungschancen der Landeskin- der beitragen, wirken nachhaltiger, sorgen für einen effizienteren Einsatz von Ressourcen und sind in Zeiten klammer Kassen sinnvoller als zusätzliche Arbeitsnachfrage durch das Land (nur 1,47 Punkte für geringe Ausgaben für aktive Arbeitsmarktpolitik; 3,17 Punkte für ein niedriges Niveau öffentlicher Beschäftigung).

Der horrenden
Schuldenlast ...

Auch in Niedersachsen wird der Handlungsspielraum durch eine horrende Schuldenlast eingeschränkt. Das Land steht mit 47,5 Mrd. Euro in der Kreide, pro Einwohner mit ca. 6000 Euro. Allein 2,5 Mrd. Euro sind für Zinszahlungen aufzuwenden, die Zinslastquote Niedersachsens zählt zu den höchsten aller Flächenländer (3,00 Punkte). Dass sich die Verschuldungsspi- rale in der Vergangenheit schneller als in anderen Bundesländern drehte, zeigt sich auch daran, dass sich Niedersachsens Zinslastquote im Bundeslän- dervergleich immer weiter verschlechterte (1991–1995 noch 5,53 Punkte).

Bei jährlichen Ausgaben von gut 21,5 Mrd. Euro und um Sondereffekte bereinigten Einnahmen, für die 18 Mrd. Euro als realistischer Ansatz erscheinen, liegt das strukturelle Defizit bei ca. 3,5 Mrd. Euro. Die Defizitquote fällt damit höher als in den allermeisten übrigen Bundesländern aus.

Die Landesregierung ist zu drastischen und schmerzhaften Einschnitten bereit: Sparanstrengungen treffen sämtliche Ressorts, im öffentlichen Dienst wird Personal abgebaut, Beschäftigte mussten Nullrunden hinnehmen, Weihnachtsgeld und Urlaubsgeld wurden gestrichen, die Landeszentrale für politische Bildung wurde geschlossen, Landesimmobilien werden veräußert, der Verkauf von Stränden wird diskutiert, die Städtebauförderung soll entfallen, bei der Filmförderung wird gekürzt, Sparmaßnahmen im Sozialetat treffen unter anderem das Blindengeld. Auch das unmittelbare Umfeld der Regierenden bleibt nicht von Sparmaßnahmen ausgenommen: Der Landtag soll verkleinert werden, um drei bis vier Mio. Euro jährlich einzusparen. Der Etat der Staatskanzlei einschließlich der Vertretungen in Berlin und Brüssel sinkt von 43 auf 30 Mio. Euro, die finanziellen Mittel für Öffentlichkeitsarbeit der Landesregierung werden beschnitten, und bisweilen reist selbst der Ministerpräsident zweiter Klasse im Zug.

... wird mit großen Sparanstrengungen begegnet

Beachtlich sind gerade die Reformen der Verwaltungsstrukturen: Die Bezirksregierungen wurden bereits abgeschafft. Ein Teil ihrer ehemaligen Aufgaben fällt komplett weg, einen Teil übernehmen die Kommunen, einen anderen die Landesbehörden. Hierdurch sollen 6750 Stellen wegfallen und 210 Mio. Euro jährlich eingespart werden.

Konsequente Verwaltungsreform

Die bisherigen Sparmaßnahmen reichen allerdings bei weitem nicht aus. Nicht nur, dass die Investitionen mit 1,5 Mrd. Euro deutlich niedriger ausfallen als die Neuverschuldung, sodass der Haushalt verfassungswidrig ist. Wenn die Landesregierung an ihrem Ziel festhält, die Neuverschuldung lediglich um 350 Mio. Euro pro Jahr zu verringern, wird der Haushalt auch bis zum Ende der Legislaturperiode verfassungswidrig bleiben, und erst ab dem Jahr 2013 sollen keine neuen Schulden mehr gemacht werden.

Sparbemühungen ausdehnen, ...

Dabei verschlechtern sich die Bedingungen, dieses alarmierende Defizit abzubauen, immer weiter: Bei zunehmender Verschuldung steigt die Zinslast ohnehin an. Darüber hinaus ist der Zinssatz gegenwärtig vergleichsweise moderat, und wenn Gläubiger mit einer Verschuldungskrise rechnen müssen, wird auch ein Risikoaufschlag zu zahlen sein. Neben der Zinslawine rollt eine Pensionslawine auf das Land zu, die einen immer größeren Teil der Einnahmen verschlingen wird. Die Zahl ehemaliger Landesbediensteter im Ruhestand wird deutlich zunehmen.

In dieser dramatischen Situation ist Sparsamkeit erste Pflicht. Nur so kann sich das Land für die Zukunft Handlungsfähigkeit erhalten, überhaupt sozialpolitisch tätig sein und Pensionsverpflichtungen nachkommen. Die Regierungskoalition sollte ihr Vorhaben umsetzen, alle Strukturen auf Einsparpotenziale hin abzuklopfen, bürgerschaftliches Engagement an die Stelle des Staates treten zu lassen und die Aktivitäten des Landes auf Kernbereiche, die für die Zukunftschancen des Landes wichtig sind, zu reduzieren. Dazu zählen Investitionen als Voraussetzung wirtschaftlicher Aktivität, für Bildung und Wissenschaft sowie die innere Sicherheit.

... um Handlungsfähigkeit zu erhalten

Sicherheit

Wenig Straftaten, höhere
Aufklärungsquote

Im Zielgrößenbereich »Sicherheit« belegt Niedersachsen mit 7,73 Punkten unverändert den 8. Platz. Der Bevölkerungsanteil der Sozialhilfeempfänger ist mit 3,9 Prozent zwar weiterhin überdurchschnittlich, gegen den Bundestrend bleibt er jedoch stabil. Die Zahl der nicht aufgeklärten Straftaten je 100 Einwohner steigt im Durchschnitt des Beobachtungszeitraumes zwar leicht auf 3,5 an, anders als im Bundesdurchschnitt sinkt er 2003 jedoch deutlich. Sowohl eine geringere Straftatenhäufigkeit als auch eine höhere Aufklärungsquote tragen hierzu bei. Möglicherweise macht sich bereits positiv bemerkbar, dass in Wulffs Revier nun mehr Polizisten für Ordnung sorgen, denn zum Regierungswechsel belastete die niedrigste Polizeidichte aller Bundesländer die Sicherheitslage. Ein neues Polizeigesetz und eine Polizeireform zielen ebenfalls darauf ab, die Schlagkraft der Gesetzeshüter zu erhöhen.

Potenzial für stabile
Sicherheitslage

So wird es eher möglich sein, das gute Potenzial des Landes für eine stabile Sicherheitslage besser auszuschöpfen: Mit 6,03 Punkten liegt Niedersachsen im Aktivitätsbereich »Sicherheit« weiter auf einem guten 3. Rang. Ländlich geprägte, vergleichsweise stabile soziale Strukturen tragen hierzu bei: Der Anteil der Bevölkerung in Großstädten ist vergleichsweise niedrig (9,13 Punkte), die Quote der Ehescheidungen (6,50 Punkte) und Alleinerziehenden (9,92 Punkte) ebenfalls, die Geburtenrate hingegen die höchste aller Bundesländer. Der Kreis Cloppenburg ist mit großem Abstand der kinderreichste der Republik, nur im Oldenburger Münsterland kommen auf eine Frau annähernd zwei Kinder.

Mit einer niedrigeren Verfahrensdauer der Strafgerichtsbarkeit (6,09 Punkte, nur minimal besser als der Bundesdurchschnitt) könnten Straftaten als noch weniger lohnend erscheinen. Ein höherer Anteil von Schulabsolventen mit Hochschul- und Fachhochschulreife (4,97 Punkte) sowie eine höhere Studienanfängerquote (nur 3,15 Punkte) könnten die Lebensperspektiven verbessern und die Kriminalitätsneigung weiter reduzieren.

Einschätzung

Vision für Niedersachsen

Die Vision des Ministerpräsidenten ist ambitioniert: Niedersachsen als Land mit ausgeglichenem Haushalt, einer schlanken Verwaltung, den wenigsten Vorschriften, dem stärksten Wirtschaftswachstum aller Bundesländer und dem besten Abschneiden bei PISA.

Die Aufgaben, die auf dem Weg dorthin zu überwinden sind, mögen in der Tat anmuten wie die Eignordwand, die es zu bezwingen gilt. Denn über Jahrzehnte hinweg haben sich die süddeutschen Bundesländer eine bessere Ausgangsposition geschaffen, sie haben sich weniger stark verschuldet und gleichzeitig mehr Zukunftsinvestitionen getätigt, in Sach- wie in Human-

kapital. Gerade das Beispiel Bayern mag ermutigen, denn der Freistaat entwickelte sich durch eine konsequente Politik vom rückständigen Transferempfänger zu einem der leistungsstärksten Bundesländer. Wie in Bayern wird auch in Niedersachsen ein langer Atem erforderlich sein.

Vordringlich ist, den maroden Landeshaushalt in den Griff zu bekommen. Weit tiefgreifendere Sparanstrengungen als bisher geplant sind erforderlich. Auch, weil potenziellen Investoren so signalisiert wird, dass Niedersachsen eine Zukunft hat, dass das Land handlungsfähig bleibt und die Landesregierung sich Herausforderungen stellt. Unternehmen müssen an allen Stellen erfahren, dass sie willkommen sind, dass Investitionen sich lohnen, dass wirtschaftliche Aktivität sich frei entfalten kann. Bürokratieabbau ist ein wichtiges und überdies – in Zeiten knapper Kassen besonders wichtig – kostensparendes Instrument, eine solche Aufbruchstimmung zu erzeugen.

Gerade gegen noch erforderliche drastische finanzielle Einschnitte wird sich Widerstand regen. Dicke Bretter sind zu bohren, um überall wirtschaftlicher Aktivität Vorfahrt einzuräumen. Soll die Eigernordwand erklommen werden, muss die Landesregierung Widerständen begegnen, wie es die Niedersachsen-Hymne gebietet: sturmfest und erdverwachsen.

Hauptaufgabe
Haushaltssanierung

